SSOAR

Open Access Repository

www.ssoar.info

Schweizer Lokalparteien im Wandel: erste Ergebnisse einer Befragung der Präsidentinnen und Präsidenten der Schweizer Lokalparteien 2002/2003

Geser, Hans; Ladner, Andreas; Meuli, Urs; Schaller, Roland

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Geser, H., Ladner, A., Meuli, U., & Schaller, R. (2003). *Schweizer Lokalparteien im Wandel: erste Ergebnisse einer Befragung der Präsidentinnen und Präsidenten der Schweizer Lokalparteien 2002/2003.* Zürich: Universität Zürich, Philosophische Fakultät, Soziologisches Institut. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-376574

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Schweizer Lokalparteien im Wandel

Erste Ergebnisse einer Befragung der Präsidentinnen und Präsidenten der Schweizer Lokalparteien 2002/2003

Hans Geser, Andreas Ladner, Urs Meuli, Roland Schaller

Soziologisches Institut der Universität Zürich
November 2003

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis 1
Über das Forschungsprojekt 2
1. Links-rechts-Polarisierung der Lokalparteien 3
2. Kantonale Parteiensysteme nähern sich dem nationalen Muster an 5
3. Links-rechts-Differenzen auch bei konkreten Gemeindeanliegen 7
4. Anhängerschaft und Aktive: Parteien haben ein Männerproblem 9
5. Anhängerschaft und Aktive: Parteien haben ein Nachwuchsproblem 11
6. Berufsstruktur: Die Angestellten sind in allen Parteien aktiv 13
7. Teilnahme an Wahlen belastet die Budgets am stärksten 15
8. Hoher Grad an Eigenfinanzierung 17
9. Normalisierung unkonventioneller Formen der Politikbeteiligung 19
10. Kommunale Wahlen geben am meisten zu tun 21
11. Wirtschaftliche und soziale Themen liegen an der Spitze 23
12. Der Vorstand hat meistens das Sagen 25
13. Zunehmende Schwierigkeiten bei der Besetzung von Parteiämtern 27
14. Schwierige Suche nach fähigen Kandidaten für kommunale Wahlen 29
15. Mandatsträger: Männlich, reif und gut ausgebildet 31
16. Beteiligung an der Umfrage: nach Parteien und Kantonen 33

Ueber das Forschungsprojekt

Hat das Links-rechts-Schema in der Politik an Relevanz verloren? Oder sind die Parteien heute gar stärker polarisiert?
Welche Bevölkerungsgruppen sind politisch aktiver geworden, und wie hat sich die Parteiorientierung verschiedener Alters- und Berufsgruppen verändert?
Erhöhen oder verringern sich die Finanzmittel, die den Parteien für Wahlkämpfe zur Verfügung stehen?
Sind Parteien demokratischer oder elitärer geworden, und haben sie ihre Aktivitäten auf neue Schwerpunkte verschoben?
Haben sich die Divergenzen zwischen Stadt und Land oder zwischen den Sprachregionen verringert oder verstärkt?

Diese und viele andere Aspekte des aktuellen politischen Wandels werden hier auf der Basis empirischer Forschungsergebnisse diskutiert.

Die Ergebnisse stammen aus zwei schriftlichen Umfragen bei allen Parteipräsident(inn)en der Schweizerischen Lokalparteien, die 1989 und 2002/03 stattgefunden haben: Beidemale haben sich ca .2600 Ortsgruppen daran beteiligt.

Die Stichproben (Grundgesamtheit ca. 5000):

	1989	**2002/03**
Deutsche Schweiz	2039	1994
Französische Schweiz	336	399
Italienische Schweiz	263	262

In den beiden (praktisch identischen) Fragebogen wurden die Informanten gebeten, über die ideologischen und sachpolitischen Orientierungen, die Anhängerstruktur, die Finanzierung, die Binnenorientation und die politischen Aktivitäten ihrer Gruppierung Auskunft zu geben.

Dadurch bietet sich die Chance, Wandlungen des politischen Systems im allgemeinen und des Parteiensystems gewissermasssen "von unten her" (d. h. aus der Perspektive kommunaler Anhängerschaften und Politikprozesse) präzise zu erfassen und danach zu fragen, ob und wie sie durch Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur der. Kultur und Gesellschaft verursacht werden.

1. Links-rechts-Polarisierung der Lokalparteien

Seit 1990 haben sich die Lokalsektionen der wichtigsten Parteien ideologisch nach links verschoben. Eine Ausnahme bildet die SVP, deren Lokalsektionen in diesem Zeitraum deutlich nach rechts rutschten.

Für das Selbstverständnis und die Orientierung der Lokalparteien ist das Links-rechts-Schema nach wie vor von zentraler Bedeutung. Dies zeigt sich darin, dass 97 Prozent der Ortsparteien bereit waren, sich darauf zu verorten.

Seit 1990 haben sich die Schweizer Lokalparteien leicht nach links verschoben. Lag der Durchschnittswert 1990 mit 5.65 noch knapp rechts der Mitte, so ist er heute mit 5.53 fast genau in der Mitte der 10er-Skala angesiedelt. Die Verschiebung nach links hängt damit zusammen, dass der Anteil der Parteien, die sich am linken Rand auf den Positionen 1 bis 3 einordnen, deutlich zugenommen hat, während die Vertretung am rechten Rand auf den Positionen 8 bis 10 klar schwächer wurde.

Trotzdem liegt das politische Zentrum unverändert rechts der Mitte. Die Positionen 6 und 7 weisen klar die höchsten Werte auf. Mit rund 37 Prozent ist der Anteil der Parteien in diesem Skalenbereich seit 1990 stabil geblieben. Die Positionen 4 und 5 links der Mitte sind dagegen etwas ausgedünnt. In diesem Mitte-Links-Spektrum hat der Parteienanteil seit 1990 von über 24 auf rund 23 Prozent abgenommen.

Das ideologische Spektrum der Parteien reicht von einem Mittelwert von 2.9 der Lokalparteien der Grünen auf der linken Seite der Skala bis zu den Lokalparteien der Liberalen, die mit einem Mittelwert von 8.0 den Extrempunkt auf der rechten Seite markieren. Von den grossen Parteien kann die CVP mit einem Durchschnitt von 6.1 der Mitte zugerechnet werden. FDP und SVP stehen sich ideologisch sehr nahe und bilden mit ihrer Einordnung um die Position 7 den Schwerpunkt des rechten Lagers. Die Lokalparteien der SP dagegen markieren das linke Gegengewicht zu den rechtsbürgerlichen Parteien. Mit einem Durchschnittswert von 3.1 ist ihr Abstand zur politischen Mitte aber deutlich grösser als derjenige von FDP resp. SVP und entspricht ungefähr demjenigen der Liberalen Partei.

Praktisch alle Parteien haben sich seit 1990 nach links verschoben. Ausnahmen bilden nur die Liberale Partei, deren Lokalparteien sich am rechten Rand konstant auf einem Wert von 8 einordnen, und die SVP, die sich gegen den allgemeinen Trend auf Lokalebene nach rechts bewegte. Bei den vier Regierungsparteien kann eine klare Polarisierung festgestellt werden. Die SVP hat sich von der FDP und der CVP seit 1990 etwas nach rechts entfernt. Die drei bürgerlichen Bundesratsparteien geben aber noch immer ein relativ einheitliches ideologisches Bild ab, und die Kluft zur SP bleibt bestehen, hat sich diese in den letzten Jahren doch weiter nach links verschoben.

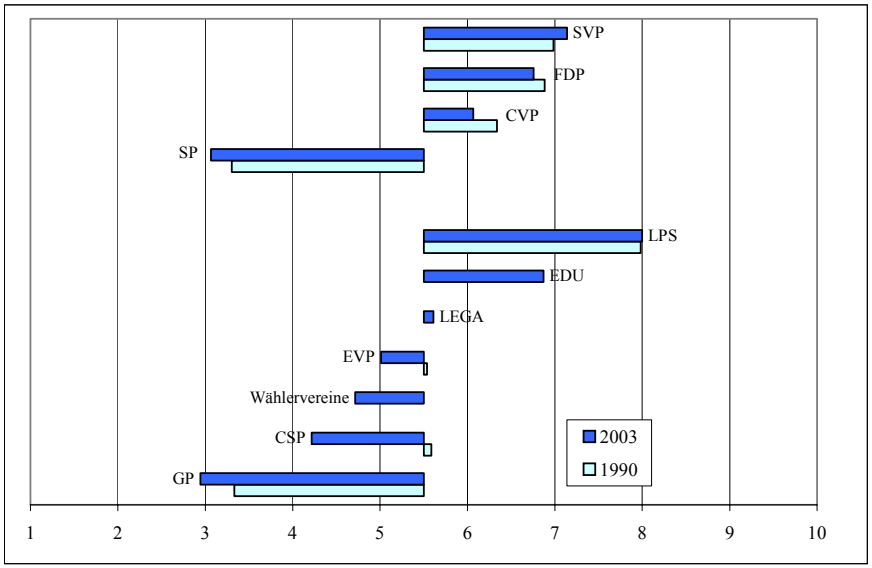
Laut Einschätzung ihrer Lokalsektionen haben sich die nationale FDP von 7.5 auf 6.8, die nationale CVP von 6.4 auf 5.9 und die nationale SP von 3.2 auf 2.9 verschoben, während sich die nationale SVP mit einem Rutsch von 7.2 auf 7.9 dem rechten Rand angenähert hat.

Tab. 1.1 Selbsteinschätzung der Lokalparteien auf der Links-rechts-Skala

	Anteil Parteien:in Prozent		kumuliert			
			von links nach rechts		von rechts nach links	
	2003	1990	2003	1990	2003	1990
1 (links)	1.9	1.3	1.9	1.3	100.0	100.0
2	6.3	5.3	8.2	6.7	98.2	98.7
3	13.4	12.2	21.6	18.8	91.9	93.4
4	9.6	10.4	31.2	29.2	78.5	81.2
5	13.5	13.9	44.7	43.1	68.9	70.8
6	17.9	19.5	62.6	62.6	55.4	56.9
7	19.2	17.4	81.8	80.0	37.5	37.4
8	14.5	14.6	96.2	94.7	18.3	20.0
9	2.8	3.6	99.0	98.2	3.8	5.4
10 8rechts)	1.0	1.8	100.0	100.0	1.0	1.8

Anzahl Parteien: 2003=2505 Parteien, 1990=2507 Parteien

Figur 1.1 Parteienspektrum auf der Links-rechts-Skala, 2003 und 1990



Lega 1990 noch nicht existent, EDU 1990 nicht separat und Wählervereine nicht einheitlich erfasst

2. Kantonale Parteiensysteme nähern sich dem nationalen Muster an

In den letzten 13 Jahren hat sich die politische Landschaft in den Kantonen bezüglich der ideologischen Einstufung der Lokalparteien dem helvetischen Muster angenähert. Hauptgrund dafür ist der Expansionskurs der SVP und ihre ideologische Verschiebung an den rechten politischen Rand.

Seit 1990 hat sich in den Kantonen der Deutschschweiz bezüglich der Bundesratsparteien ein Parteienmodell durchgesetzt, das die ideologischen Positionierungen der nationalen Parteien ziemlich exakt wiedergibt. Hauptsächlich verantwortlich dafür ist die SVP. Erstens haben die Lokalsektionen der SVP den Rechtsrutsch nachvollzogen, den die Bundespartei und die massgebende Zürcher Kantonalpartei initiierten. Damit befindet sich die SVP nun in den meisten Deutschschweizer Kantonen am rechten Rand des Parteienspektrums. Zweitens führte die Expansionsstrategie der SVP dazu, dass sie heute in praktisch allen Deutschschweizer Kantonen zu einem wichtigen politischen Faktor wurde. Die SVP hat sich seit 1990 in den Kantonen St. Gallen, Luzern, Schwyz und Zug fest etabliert. In anderen Kantonen wie Solothurn und Uri oder in der Westschweiz steht sie noch am Anfang, weshalb ihre Entwicklung nicht abschliessend beurteilt werden kann.

Das nationale Modell sieht die drei bürgerlichen Parteien FDP, CVP und SVP in einer Mitte-rechts-Position zwischen den Positionen 6 und 7.5, wobei die FDP die mittlere Position einnimmt mit der CVP auf der linken und der SVP auf der rechten Seite. Dieses Modell hat sich in folgenden Deutschschweizer Kantonen durchgesetzt: Zürich, Bern, Luzern, Schwyz, Zug, Baselland, Schaffhausen, Appenzell-Ausserrhoden, St. Gallen, Graubünden, Aargau und Thurgau. Von denjenigen Kantonen, in denen alle vier Bundesratparteien existieren, passen nur Glarus und Uri nicht in dieses Schema. Hier ordnet sich die FDP rechts von der SVP ein, in Glarus sogar deutlich. Die Glarner FDP steht auch innerhalb der nationalen FDP mit 7.8 klar rechts aussen. Vom Trend ausgenommen sind die Kantone Nid- und Obwalden, Solothurn, Basel-Stadt und Appenzell-Innerrhoden, da hier nicht von allen vier Parteien Einschätzungen vorliegen.

In der Westschweiz haben sich die politischen Muster lange Zeit von den Verhältnissen in der Deutschschweiz grundlegend unterschieden. Die SVP schaffte es in den 1990er Jahren nicht im gleichen Mass, sich in der Romandie zu etablieren. Erst bei den diesjährigen Nationalratswahlen ist ihr auch in der französischen Sprachregion der Durchbruch gelungen.

Auch im Tessin konnte sich die SVP bis jetzt nicht im erwünschten Mass durchsetzen. Das grosse Hindernis stellt hier die LEGA dar, die sich als Protestpartei eine starke Stellung erarbeitet hat. Interessanterweise positionieren sich die Lokalparteien der LEGA, die gemeinhin als rechte Partei gilt, mit einem Durchschnittswert von 5.6 in der Mitte der Links-rechts-Skala. Allerdings wird von ihren Lokalsektionen die kantonale und vor allem die nationale Partei deutlich rechter eingestuft.

Tab. 2.1 Selbsteinstufung der Lokalparteien auf der Links-rechts-Skala, nach Parteien und Kantonen

	FDP	CVP	SVP	SP	EVP	LPS	GP	CSP	EDU	LEGA	WV	N=
ZH	7.2	6.0	7.5	2.8	5.1	(6.0)	3.4	.	(6.5)	.	4.5	345
BE	6.6	6.2	6.7	3.5	5.1	.	2.8	.	6.9	.	4.6	413
LU	6.8	5.9	7.7	2.7	.	.	(2.3)	(4.0)	.	.	5.0	139
UR	(7.0)	6.2	(6.5)	(2.5)	.	.	.	.	.	.	.	12
SZ	6.9	6.4	(8.0)	3.4	.	.	.	.	.	.	.	40
OW	.	(6.0)	.	(3.3)	.	.	.	(4.0)	.	.	.	11
NW	.	6.4	.	.	.	.	(3.0)	.	.	.	.	6
GL	7.8	(5.8)	6.3	3.3	.	.	(3.0)	(4.0)	.	.	(3.5)	30
ZG	(7.5)	(6.8)	(7.8)	4.0	.	.	.	.	.	.	(3.0)	17
FR	7.1	(7.0)	(5.0)	2.9	.	(7.0)	(2.0)	(4.0)	.	.	5.0	58
SO	6.5	5.7	.	3.5	.	.	(2.0)	.	.	.	(7.5)	138
BS	.	(6.0)	.	(2.0)	(5.0)	(8.0)	(2.5)	.	.	.	.	8
BL	6.9	5.7	7.8	2.9	.	.	(2.0)	.	.	.	4.4	76
SH	6.8	6.0	7.2	3.0	(4.0)	.	(4.0)	.	(8.0)	.	(5.0)	38
AR	6.2	5.0	7.6	(2.5)	.	.	.	.	.	.	5.1	32
AI	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	(4.0)	3
SG	7.1	6.1	7.4	2.9	.	.	(2.3)	(4.5)	.	.	3.4	128
GR	6.7	6.1	7.4	2.8	.	.	(1.0)	.	.	.	4.8	64
AG	7.0	5.9	7.4	3.1	4.9	.	(2.3)	.	(6.0)	.	4.9	244
TG	6.7	6.7	7.3	3.0	4.6	.	(3.0)	.	.	.	6.1	89
TI	6.0	6.0	(4.5)	3.0	.	.	(4.0)	.	.	5.6	4.1	247
VD	6.9	(5.3)	6.7	3.3	.	8.1	(4.5)	.	(6.0)	.	5.5	98
VS	6.7	6.6	6.8	2.4	.	(10)	.	4.4	.	.	(7.5)	90
NE	6.5	(5.0)	.	3.1	.	8.0	(2.5)	.	.	.	5.0	67
GE	.	6.1	(7.0)	3.1	.	8.0	3.4	.	.	.	(4.3)	39
JU	6.8	6.3	.	2.0	.	.	.	(4.3)	.	.	(3.0)	52
Total	**6.8**	**6.1**	**7.1**	**3.1**	**5.0**	**8.0**	**2.9**	**4.2**	**6.9**	**5.6**	**4.7**	2484

* Werte sind in Klammern gesetzt, wenn weniger als fünf Parteien oder Gruppierungen geantwortet haben.

3. Links-rechts-Differenzen auch bei konkreten Gemeindeanliegen

In der Beurteilung politischer Sachthemen und in der Einschätzung von Zielen der Gemeindepolitik widerspiegelt sich die ideologische Einstufung der Lokalparteien auf der Links-rechts-Skala. Dominierten 1990 noch Umweltthemen den Wunschkatalog der Lokalparteien, so drängen sich heute klassische Finanz- und Wirtschaftsfragen in den Vordergrund.

Sowohl in der Einschätzung von allgemeinen politischen Sachthemen als auch in der Bewertung von konkreten Zielen der Gemeindepolitik spalten sich die lokalen politischen Gruppierungen klar in zwei Lager. Auf der einen Seite vertreten die drei bürgerlichen Bundesratsparteien SVP, FDP und CVP zusammen mit den Liberalen eher rechte Postulate. Je nach Thema stossen die EDU oder die LEGA dazu, letztere vor allem bei den politischen Sachthemen. Auf der anderen Seite sind es natürlich die Sozialdemokraten und die Grünen, die linke Forderungen unterstützen. Bei den meisten allgemeinpolitischen Themen gehören auch die EVP und die CSP zu dieser Gruppe. In Fragen der Gemeindepolitik bekennt sich auch die LEGA häufig zu eher linken Positionen. Linke Postulate finden aber auch bei den nur lokal tätigen Wählervereinigungen massgebliche Unterstützung. In der Bewertung von politischen Sachthemen und von gemeindepolitischen Zielen sind sie links vom Durchschnitt aller Parteien positioniert.

Die meisten politischen Sachthemen sind bei den Lokalparteien umstritten. Die stärkste Zustimmung erfahren die bürgerlichen Postulate nach mehr innerer Sicherheit und nach einer Senkung der Steuern. Wenig lokalpolitischen Support erhalten dagegen die linken Forderungen nach einem EU-Beitritt der Schweiz und nach einem Ausbau der politischen Rechte für Ausländer. Nur die SP und die Grünen stehen klar für einen EU-Beitritt ein. Sehr skeptisch verhalten sich die Lokalparteien aber auch zu den Tendenzen einer Liberalisierung staatlicher Aufgaben. Nur bei der FDP und den Liberalen stimmen die Hälfte der Lokalsektionen diesem Postulat zu.

In der Gemeindepolitik sind die zwei Ziele «Förderung des kommunalen Wirtschaftswachstums» und «Förderung des öffentlichen Verkehrs» weitgehend unbestritten. Die beiden Postulate finden in praktisch allen Parteien eine Mehrheit. Beim öffentlichen Verkehr sind nur die am weitesten rechts positionierten Lokalparteien der SVP und der Liberalen auf der ablehnenden Seite, bei der Unterstützung der Wirtschaft steht nur die am weitesten links positionierte Grüne Partei abseits.

Sowohl bei den sachpolitischen Themen als auch in der Gemeindepolitik haben sich die Prioritäten der Lokalparteien in den letzten 13 Jahren deutlich verschoben. Standen 1990 noch Umweltthemen wie «die Umweltverträglichkeit von Entscheidungen prüfen» oder «die Förderung des öffentlichem Verkehrs» ganz zuoberst auf der politischen Agenda, so dominieren heute eher Finanz- und Wirtschaftsfragen.

Tab. 3.1 Bewertung politischer Sachthemen, nach Parteien

Mehrheit der aktiven Mitglieder zustimmend (Prozentanteil der Parteien)	Alle Parteien	FDP	CVP	SVP	SP	EVP	LPS	GP	CSP	EDU	LEGA	WV
Mehr Anstrengungen für die innere Sicherheit	72	+14	+16	+22	-36	0	+3	-60	-15	+14	+17	-13
Verringerung der Steuerbelastung	63	+23	+11	+24	-39	-37	+35	-57	+8	+1	+37	-12
Umweltverträglichkeit wichtiger Entscheidungen	57	-18	-4	-23	+28	+34	-12	+43	-2	0	-22	+13
Einführung der Mutterschaftsversicherung	52	-29	+6	-45	+45	+37	-20	+44	+24	-35	+30	+8
Verschärfung der Asylgesetzgebung	52	+17	+5	+44	-43	-31	-4	-51	-25	+30	+6	-12
Verringerung der Sozialausgaben	44	+25	-4	+31	-35	-37	+36	-38	-33	+11	-7	-12
Verstärkte Besteuerung hoher Einkommen	42	-33	-12	-21	+49	+30	-37	+40	+34	+10	+8	+5
Beitritt der Schweiz zur EU	32	-12	-11	-30	+44	-13	+10	+28	+20	-32	-32	+7
Mehr politische Rechte für Ausländer/-innen	24	-20	-18	-23	+41	+13	-10	+68	0	-14	-18	+20
Möglichst weitreichende Liberalisierung staatl. Aufgaben	24	+25	-10	+11	-21	-16	+34	-24	-14	-12	+13	-2

Tab. 3.2 Bewertung von Zielen der Gemeindepolitik

Mehrheit der aktiven Mitglieder zustimmend (Prozentanteil der Parteien)	Alle Parteien	FDP	CVP	SVP	SP	EVP	LPS	GP	CSP	EDU	LEGA	WV
Förderung des Wirtschaftswachstums der Gemeinde	82	+13	+10	+7	-17	-15	+16	-47	+5	+4	+18	-10
Den Gemeindesteuerfuss möglichst niedrig halten	64	+23	+11	+22	-40	-28	+26	-56	-7	+19	+26	-9
Förderung des öffentlichen Verkehrs	70	-13	+5	-27	+24	+26	-34	+29	+4	+8	-2	+6
Stärkere Verkehrsberuhigungsmassnahmen in Wohnquartieren	58	-16	-3	-36	+30	+33	-7	+42	+12	-6	+5	+10
Schutz des Ortsbildes durch strengere Bauvorschriften	44	-15	-4	-21	+24	+20	-3	+51	+8	-6	+9	+6
Schaffung von Kindertagesstätten	45	-12	-8	-37	+40	+8	-15	+48	-1	-32	+22	+10
Mehr öffentliche Unterstützung für kulturelle Veranstaltungen	42	-20	-4	-30	+38	0	-13	+54	+6	-42	+11	+17
Mehr öffentliche Unterstützung für soziale Dienstleistungen	40	-29	-8	-34	+50	+27	-33	+55	+12	-35	+13	+13

4. Anhängerschaft und Aktive: Parteien haben ein Männerproblem

Die Basis der Lokalparteien ist schmaler geworden. Ihre Anhängerschaft konnten die Parteien zwar knapp halten, bei den Aktiven mussten sie dagegen deutliche Verluste hinnehmen. Verantwortlich für die Basisprobleme der Parteien sind die Männer, deren Zahl drastisch abgenommen hat. Im Gegensatz dazu gewannen die Frauen sowohl bei den Aktiven als auch in der Anhängerschaft deutlich an Gewicht.

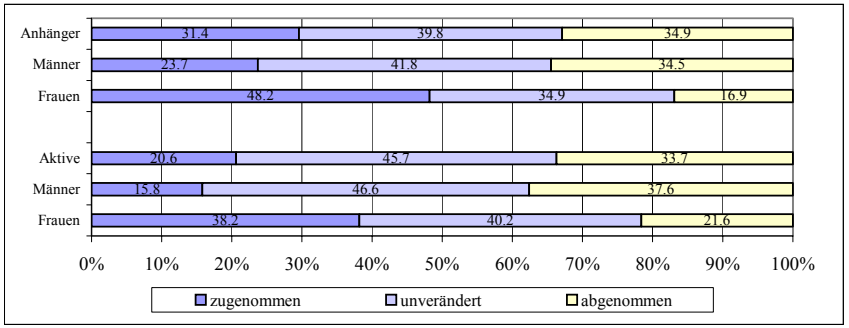
Die Lokalparteien konnten ihre Anhängerschaft seit 1990 nur knapp halten. In je rund 30 Prozent der Sektionen hat die Anhängerschaft zu- resp. abgenommen, in 40 Prozent ist sie stabil geblieben. Vor allem in kleinen Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern haben die Parteien Anhänger verloren. Zwei Gründe sind verantwortlich, dass die Anhängerschaft trotzdem fast auf dem Stand von 1990 geblieben ist: der Zuwachs bei den Frauen und die Expansion der SVP.

Die Zahl der weiblichen Anhängerinnen hat in den Parteien sowohl absolut als auch im Verhältnis zu den männlichen Anhängern deutlich zugelegt. Jede zweite Lokalsektion stellt einen Zuwachs der weiblichen Anhängerschaft fest, nur in jeder sechsten Lokalsektion hat sie abgenommen. Bei der männlichen Anhängerschaft zeigt dagegen die Tendenz klar abwärts. Unter den Bundesratsparteien verzeichnet einzig die SVP einen klaren Zuwachs bei der Anhängerschaft. In fast der Hälfte der SVP-Lokalsektionen hat die Anhängerschaft zugenommen, nur 20 Prozent mussten einen Verlust hinnehmen. Die SVP ist die einzige Partei, die sowohl bei der Zahl der weiblichen als auch der männlichen Anhängerschaft zulegen konnte. In den anderen grossen Parteien, also der SP, der FDP und vor allem der CVP ist die Anhängerschaft rückläufig. Die kleineren Parteien EDU, LEGA und EVP sowie die Wählervereine haben dagegen klare Zugewinne zu verzeichnen. Einzig die Liberalen beklagen einen Verlust an Anhängern.

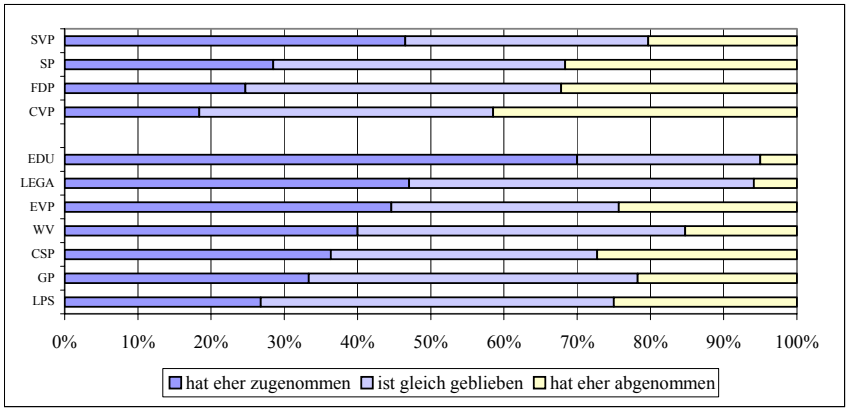
Bei den aktiven Mitgliedern, die für das alltägliche Funktionieren der Parteien von entscheidender Bedeutung sind, sieht es düster aus. Einem Drittel von Lokalsektionen mit einer Einbusse an Aktiven steht nur ein Fünftel an Lokalsektionen mit einem Zuwachs gegenüber. Die Trends verlaufen ähnlich wie bei der Anhängerschaft. Auch hier manifestiert sich ein ernsthaftes Männerproblem. In beinahe 40 Prozent der Parteien ist die Zahl der männlichen Aktiven kleiner geworden. Wie bei der Anhängerschaft verzeichnen auch bei den Aktiven die Parteien kleiner Gemeinden die stärksten Einbussen, rückläufig sind die Aktivenzahlen aber auch in grösseren Gemeinden.

Obwohl der Anteil der Frauen deutlich zugenommen hat, sind die Männer in den Parteien immer noch klar in der Überzahl. In der Anhängerschaft ist der Frauenanteil seit 1990 von 36.4 auf 40.7 Prozent gestiegen, bei den aktiven Mitgliedern von 31.6 auf 36.6 Prozent.

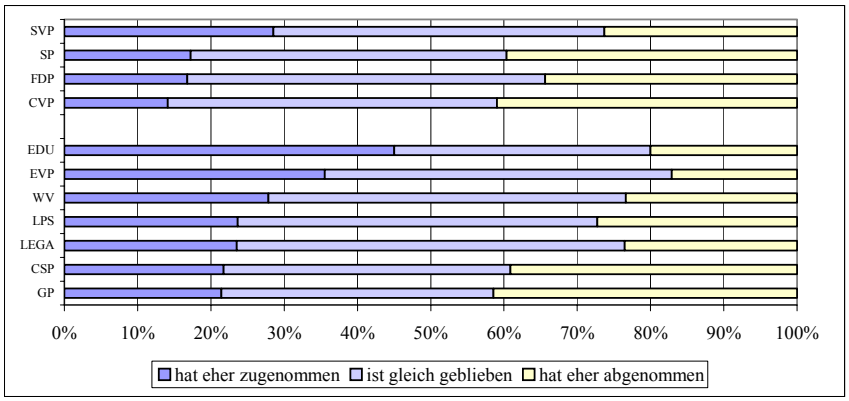
Figur 4.1 Wandel der Anhängerschaft und der Aktiven



Figur 4.2 Wandel der Anhängerschaft, nach Parteien



Figur 4.3 Wandel der Aktiven, nach Parteien



5. Anhängerschaft und Aktive: Parteien haben ein Nachwuchs-problem

Die Lokalparteien leiden unter einer fortschreitenden Überalterung. Nur 27.6 Prozent der Anhängerschaft ist jünger als 40. Im Jahr 1990 waren es noch deutlich über 30 Prozent. Bei den Aktiven ist mehr als die Hälfte älter als 45 Jahre, nur einer von zehn Aktiven ist jünger als 30.

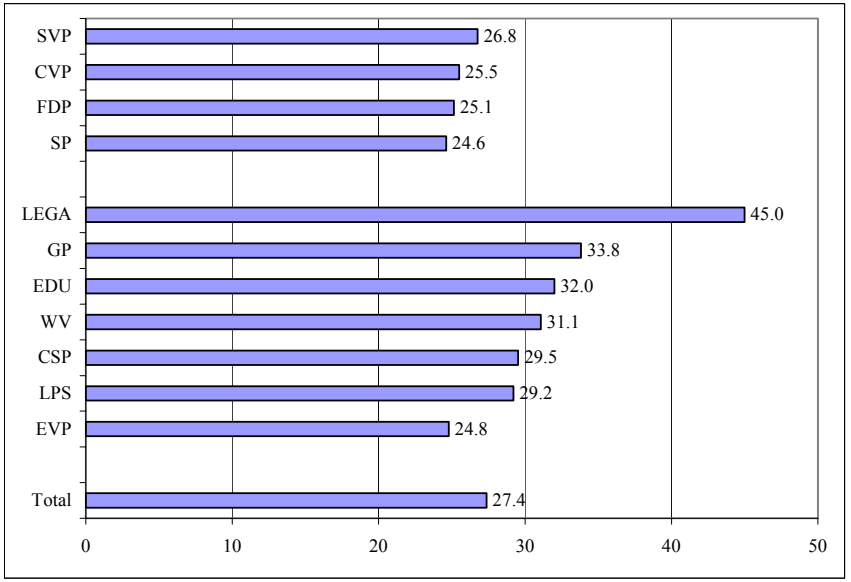
Besonders schlecht sieht es für die vier Bundesratsparteien aus. Der Durchschnitt der unter 40-jährigen Anhänger beträgt bei ihnen nur 25.4 Prozent. Mit weniger als 25 Prozent den tiefsten Anteil an jugendlichen Anhängern verzeichnet die SP. Grosse Nachwuchsprobleme plagen aber auch die Lokalsektionen von FDP und CVP in Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern und in den Städten. Hier sinkt der Anteil der Anhänger unter 40 auf einen Tiefstwert von rund 22 bis 23 Prozent.

Kleine Parteien und Wählervereinigungen scheinen für den jüngeren Teil der politisch aktiven Bevölkerung um einiges attraktiver zu sein. Bei diesen liegt der Anteil der Anhängerschaft unter 40 um die dreissig Prozent. Äusserst hoch ist er bei der LEGA, die anscheinend über eine grosse Anhängerschaft in studentischen Kreisen verfügt. Bei der EVP hingegen sind die Jungen ähnlich spärlich gesät wie bei den Sozialdemokraten. Bei den Grünen ist der Anteil der jungen Anhänger zur Zeit zwar noch relativ hoch. Er ist aber in den letzten 13 Jahren regelrecht eingebrochen, nämlich von zwei auf einen Drittel. In der französischen und italienischen Schweiz scheint das Problem der Überalterung noch nicht so akut zu sein, beträgt der Anteil der jüngeren Anhängerschaft immerhin rund 31 Prozent.

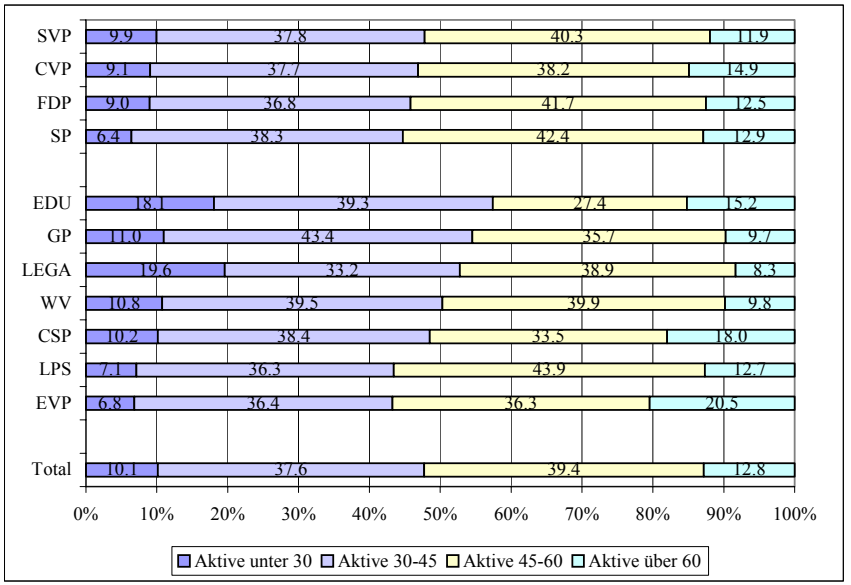
In einem ähnlichen Ausmass verläuft der Schwund der Jungen bei den aktiven Mitgliedern. Der Anteil der Aktiven unter 45 ist seit 1990 von 53.8 auf 47.7 Prozent gefallen. Waren vor 13 Jahren noch 13 Prozent der Aktiven jünger als 30, sind es heute nur noch 10 Prozent. Der Rückgang der Jungen ist ein Problem, das alle Parteien trifft, allerdings in unterschiedlichem Ausmass. Überdurchschnittlich starke Einbussen bei den Aktiven unter 30 verzeichnet die CVP mit einem Rückgang von 14.5 auf 9 Prozent. Bei den 30 bis 45-jährigen Aktiven verliert die SP stark: ihr Anteil sinkt von 46 auf 38 Prozent. Einen starken Einbruch, allerdings auf sehr hohem Niveau, müssen die Grünen verkraften. War 1990 noch mit gut 80 Prozent die grosse Mehrheit der aktiven Grünen jünger als 45, so sind es heute noch gut die Hälfte. Besonders drastisch ist der Einbruch bei den unter 30-jährigen, er sank von 29 auf 11 Prozent. Relativ gering fiel der Rückgang der Unter-45-Jährigen bei den drei bürgerlichen Bundesratsparteien aus, von rund 50 auf ca. 45 Prozent.

Die grössten Schwierigkeiten, junge Leute zur aktiven Mitarbeit zu motivieren, scheinen Lokalparteien in mittelgrossen Gemeinden zu haben. In Gemeinden mit 2000 bis 5000 Einwohnern beträgt der durchschnittliche Anteil der unter 30-jährigen an den Parteiaktivisten nur 7.5 Prozent. Besser sieht es in kleinen Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern aus. Hier lassen sich immerhin 11.3 Prozent der Jungen für eine aktive Mitarbeit begeistern. Auch in den Städten gelingt es den Lokalparteien besser, Nachwuchs zu rekrutieren: hier ist jeder sechste Aktive unter 30 Jahre alt.

Figur 5.1 Anhängerschaft: Anteil der Unter-40-Jährigen



Figur 5.2 Aktive: Altersstruktur



6. Berufsstruktur: Die Angestellten sind in allen Parteien aktiv

Die althergebrachten Unterschiede in der Berufsstruktur der verschiedenen Parteien sind zwar immer noch sichtbar. In den letzten 13 Jahren haben sie sich aber nivelliert. Vor allem die vier Bundesratsparteien werden, zumindest was die Berufe der Aktiven anbelangt, immer ähnlicher.

Allgemein lässt sich feststellen, dass die Angestellten – in leitender oder einfacher Funktion – in allen Parteien eine wichtige Rolle spielen. Zahlenmässig starke Gruppen sind ausserdem die Hausfrauen, die Gewerbetreibenden und die Pensionäre. An Bedeutung gewonnen haben in den letzten 13 Jahren die Freischaffenden, die leitenden Angestellten und die Pensionierten. Geschrumpft ist das Gewicht der Bauern, der Hausfrauen, der Arbeiter und der Beamten.

Bei der FDP sind im Vergleich zum allgemeinen Durchschnitt die Freischaffenden, die Gewerbetreibenden und die leitenden Angestellten stark übervertreten, untervertreten sind demgegenüber die Bauern, die einfachen Angestellten und die Lehrer. In den letzten 13 Jahren an Gewicht gewonnen haben die Freischaffenden, die leitenden Angestellten und die Pensionierten, verloren haben die Bauern, die Hausfrauen und die Arbeiter. Damit positioniert sich die FDP zunehmend klar im gehobenen Bereich der «neuen Mitte».

Bei der CVP gibt es weder starke Über- noch Untervertretungen. Sie präsentiert sich als die durchschnittlichste Partei überhaupt. Veränderungen hat es in den letzten 13 Jahren dennoch gegeben: Zulegen konnten in der CVP die leitenden Angestellten und die Pensionierten, verloren haben die Bauern, die Hausfrauen, die Arbeiter und die Beamten. Damit spiegelt sich in der CVP der allgemeine Trend.

Bei der SVP immer noch stark übervertreten sind die Bauern und die Gewerbetreibenden. Eher untervertreten sind demgegenüber die Freischaffenden, die leitenden und die einfachen Angestellten sowie die Lehrer. Dennoch hat sich die SVP in den letzten 13 Jahren von der Bauern- und Gewerbepartei wegbewegt: An Gewicht zugelegt haben die leitenden Angestellten und die Pensionierten, stark abgenommen hat die Bedeutung der Bauern.

Auf dem Weg zu einer berufsmässigen Normalverteilung befindet sich die SP. Übervertreten sind bei ihr zwar immer noch die einfachen Angestellten, die Arbeiter, die Beamten und die Lehrer, untervertreten demgegenüber die Bauern, die Gewerbetreibenden und die leitenden Angestellten. Zugelegt haben in den letzten 13 Jahren aber gerade die Freischaffenden, die leitenden Angestellten und die Lehrer, an Bedeutung verloren die Hausfrauen, die Arbeiter und die Beamten.

Interessant ist auch das Berufsprofil der Grünen: Stark übervertreten sind bei ihr die Freischaffenden, die einfachen Angestellten und die Lehrer, untervertreten demgegenüber die Bauern, das Gewerbe, die leitenden Angestellten und die Beamten. Zugelegt haben die Grünen aber gerade bei den Freischaffenden, den leitenden und den einfachen Angestellten sowie bei den Pensionären, verloren haben die Hausfrauen, die Studierenden und die Lehrer. Damit kommt die GP dem Ideal einer Partei der «neuen Mittelschichten» berufsmässig wohl am nächsten.

6.1 Die Berufe der Aktiven bei den Bundesratsparteien (durchschnittliche Prozentanteile)

	Alle Parteien	FDP	CVP	SVP	SP
Freischaffende	5.9	7.8	5.2	3.5	5.1
Bauern/Bäuerinnen	6.9	5.0	8.0	25.9	0.9
Gewerbetreibende	9.4	14.3	9.5	16.5	2.9
Industrielle	1.3	2.9	1.0	1.1	0.4
Hausfrauen/Hausmänner	11.5	11.4	12.9	9.7	11.1
Leitende Angestellte	13.3	18.9	13.2	10.8	11.3
Einfache Angestellte	17.8	14.5	16.3	12.0	22.1
Arbeiter/-innen	4.0	1.8	5.0	3.6	6.5
Beamte	6.0	4.6	6.0	4.2	8.8
Studierende	2.5	1.2	1.3	1.0	2.5
Lehrer/-innen	6.5	2.9	4.1	1.8	12.2
Pensionierte	9.0	8.3	10.0	7.6	10.0
Andere Berufe	2.1	1.8	1.3	2.0	2.5

6.2 Die Berufe der Aktiven bei den kleineren Parteien (durchschnittliche Prozentanteile)

	EVP	LPS	GPS	WV	CSP	EDU
Freischaffende	5.6	17.5	10.7	6.2	5.3	1.1
Bauern/Bäuerinnen	1.8	8.6	2.2	3.3	4.0	5.4
Gewerbetreibende	3.7	11.8	4.8	7.7	3.0	13.6
Industrielle	1.0	5.1	0.6	1.4	--	0.6
Hausfrauen/Hausmänner	16.7	8.1	11.7	13.5	14.1	13.4
Leitende Angestellte	14.4	12.3	10.7	13.7	10.6	7.6
Einfache Angestellte	19.0	14.2	22.9	21.7	28.4	24.8
Arbeiter/-innen	2.3	1.8	2.1	3.1	7.7	5.7
Beamte	4.3	4.6	3.8	5.2	7.0	4.9
Studierende	2.1	1.4	4.1	3.1	1.9	1.7
Lehrer/-innen	10.1	4.2	12.8	9.3	7.5	5.2
Pensionierte	17.1	7.2	7.7	6.5	10.5	12.1
Andere Berufe	2.1	3.3	4.0	1.5	--	3.8

7. Teilnahme an Wahlen belastet die Budgets am stärksten

Am meisten Geld geben die Lokalparteien für die Teilnahme an Wahlen aus. Die Lokalsektionen der FDP haben dabei in der Regel mehr Geld zur Verfügung als ihre Konkurrenten.

Aufwendungen für Wahlkämpfe bilden für beinahe alle Lokalparteien den grössten Ausgabenposten. Dennoch gibt es deutliche Unterschiede. So fliesst bei den Lokalsektionen der kleineren Parteien ein höherer Anteil der Gesamtausgaben in Wahlkämpfe als bei den vier Bundesratsparteien. Das heisst allerdings nicht, dass die «Kleinen» mehr Geld für Wahlkämpfe ausgeben, sondern es hat vielmehr damit zu tun, dass sie in der Regel mit einem deutlich tieferen Budget haushalten müssen.

Erstaunlicherweise am tiefsten veranschlagen die Lokalsektionen der SVP die Aufwendungen für Wahlkämpfe in ihren Budgets. Dafür müssen sie im Vergleich zu allen anderen den grössten Anteil des Budgets an die höheren Parteiebenen abliefern, nämlich 40 Prozent. Auch bei den Lokalsektionen der übrigen drei Bundesratsparteien sind die internen Geldtransfers wichtige Ausgabenposten (SP: 33%; FDP: 24%; CVP: 21%). Eher kleine Budgetanteile werden für Abstimmungen ausgegeben (im Schnitt 8%), für die Administration (im Schnitt 9%), oder etwa für die Werbung von Neumitgliedern (im Schnitt nur 3%).

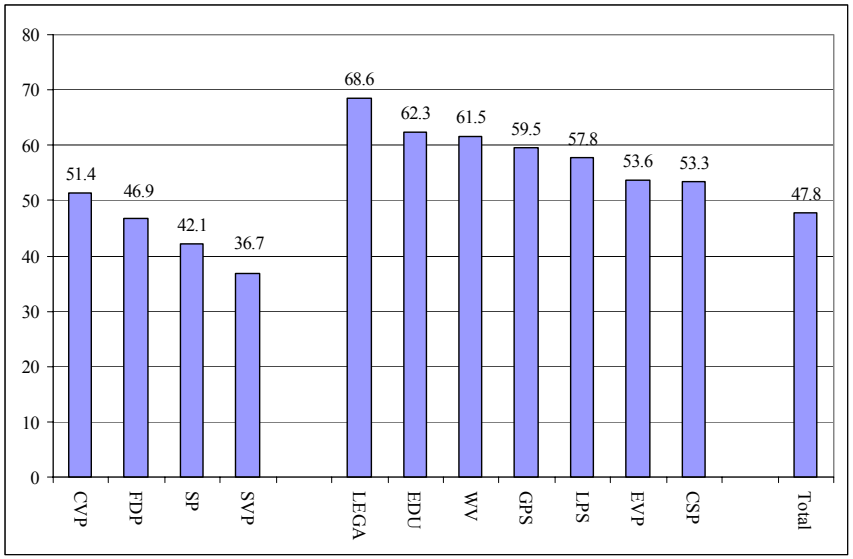
Im Vergleich zu 1989 haben sich die Aufwendungen für Wahlkämpfe kaum verschoben. Schon damals beanspruchten sie einen bedeutenden Teil der Budgets. Es scheint so, als ob der vermehrte Einsatz von Werbung und PR noch nicht bis in die Wahlkämpfe der Gemeinden vorgedrungen ist.

In einem Wahljahr durchschnittlich am meisten Geld zur Verfügung haben die Lokalsektionen der FDP. Die nebenstehende Tabelle zeigt zwar nur die durchschnittlichen Budgets anhand von drei ausgewählten Gemeindegrössenkategorien. Die Verhältnisse präsentieren such aber in allen anderen Gemeinden ähnlich. In kleineren Gemeinden bis 5000 Einwohnern wird die FDP budgetmässig von den bürgerlichen Konkurrenten CVP und SVP bedrängt. In Gemeinden ab 5000 Einwohnern beginnt sich das Bild zu verändern. Die SP holt auf und überflügelt in ganz grossen Gemeinden sogar die FDP.

Im Vergleich zu den vier Bundesratsparteien können die kleineren Lokalparteien diesbezüglich kaum mithalten. Einzig die Liberalen verfügen über ähnlich hohe Wahlbudgets. Die Lokalparteien geben im übrigen nicht jedes Jahr so viel Geld aus. Die Budgets in einem Nicht-Wahljahr liegen bei allen etwa dreimal tiefer als die Budgets in einem Wahljahr.

Im Vergleich zu 1989 konnten von den vier Bundesratsparteien nur die Lokalsektionen der SP ihre Budgets in einem Wahljahr deutlich steigern, nämlich im Durchschnitt um satte 20 Prozent. In etwa gleich blieben die Budgets der Lokalsektionen von FDP (minus 0,9%) und SVP (minus 1,3%). Mit beinahe 8 Prozent deutlich tiefer sind die durchschnittlichen Budgets der CVP-Sektionen.

Figur 7.1 Aufwendungen für Wahlkämpfe (in Prozent der Gesamtausgaben)



Tab. 7.1: Budget in einem Wahljahr anhand von drei ausgewählten Gemeindegrösse-kategorien (in Franken)

	500 bis 999 Einwohner	2000 bis 4999 Einwohner	10'000 bis 19'999 Einwohner
FDP	2065	7122	30’561
CVP	1589	5182	17’865
SVP	1823	5811	18’207
SP	1342	4496	22’766
EVP	--	2579	9618
CSP	(1000)*	2717	--
LPS	(2833)*	6691	19’000
GPS	--	2988	7921
WV	1346	4434	8619
Total	1725	5389	17’630

* Die in Klammern gesetzten Zahlen basieren auf weniger als 5 Antworten

8. Hoher Grad an Eigenfinanzierung

Obligatorische und freiwillige Mitgliederbeiträge bilden die wichtigste Einnahmequelle der Lokalparteien. Mitglieder linker Parteien müssen deutlich tiefer in die Tasche greifen als diejenigen ihrer bürgerlichen Konkurrenten.

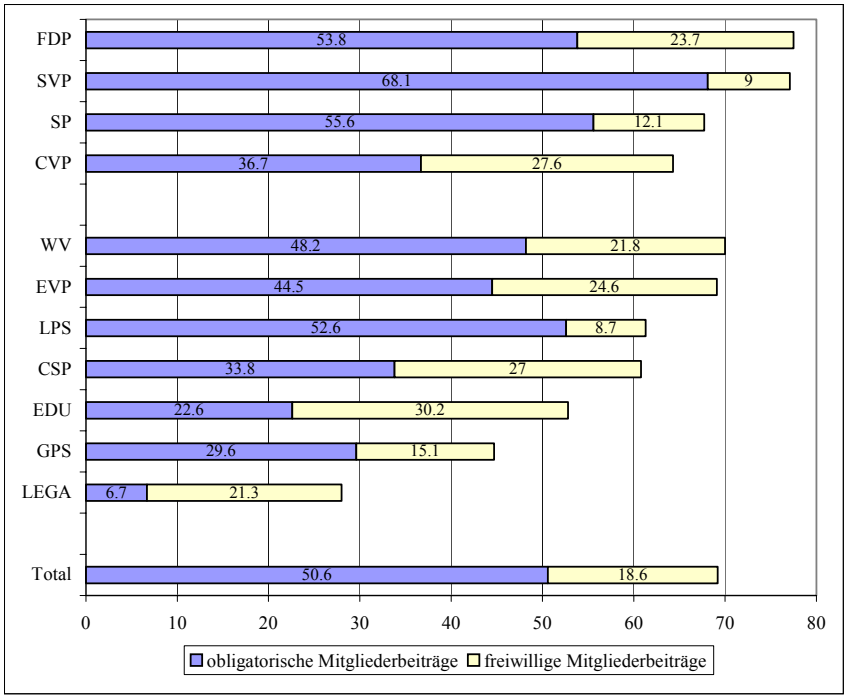
Die Unterstellung ist alt, wird aber auch heute noch gerne vorgebracht: Linke Parteien würden sich viel stärker durch Mitgliederbeiträge finanzieren, rechte Parteien stützten sich viel stärker auf Spenden von Firmen und Verbänden. Zumindest auf der Ebene der Lokalparteien lässt sich dieses Vorurteil nicht belegen. Von den vier Bundesratsparteien weisen sogar die Lokalsektionen der FDP und der SVP mit jeweils beinahe 80 Prozent den höchsten Eigenfinanzierungsgrad auf. Dabei handelt es sich um die Summe von obligatorischen und freiwilligen Mitgliederbeiträgen. Überhaupt findet sich kaum eine Partei, deren Einnahmen nicht zumindest zur Hälfte aus diesen beiden Posten stammt. Einzige Ausnahmen bilden erstaunlicherweise die GPS und die LEGA.

«Spenden von Nicht-Mitgliedern» und «Spenden von Geschäften, Firmen und Unternehmen» spielen demgegenüber auf lokaler Ebene kaum eine Rolle. Beide Kategorien bleiben über alle Parteien gesehen mit 4 respektive 3 Prozent am Gesamt der Einnahmen ohne grosse Bedeutung. Mit im Schnitt knapp 10 Prozent sind demgegenüber «Abgaben von Mandatsträgern» für viele Lokalparteien eine nicht ganz unwichtige Finanzierungsquelle. Dabei müssen Exponenten linker Lokalparteien mehr Geld abliefern als Mandatsträger rechter Sektionen.

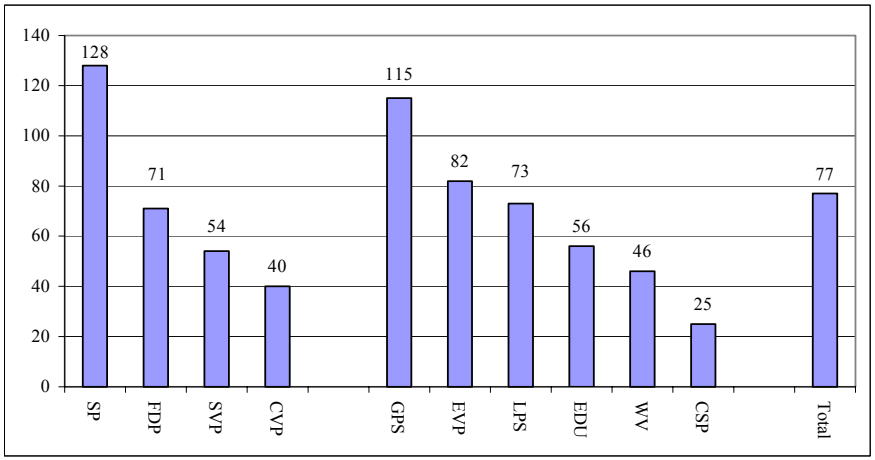
Im Vergleich zur Untersuchung von 1989 ergeben sich nur geringfügige Verschiebungen in der Wichtigkeit der einzelnen Einnahmeposten. Vielleicht am interessantesten ist in diesem Zusammenhang das Beispiel der Grünen Partei: Entgegen dem Trend haben sowohl die obligatorischen Mitgliederbeiträge (von 33% auf 30%) als auch die freiwilligen Mitgliederbeiträge (von 26% auf 15%) an Bedeutung verloren. Stark gewachsen ist der Einnahmeposten «Abgaben von Mandatsträgern» (von 15% auf 26%). Damit schröpfen die Grünen ihre Exponenten relativ mit Abstand am stärksten.

Mit Bezug auf die Höhe der Mitgliederbeiträge liesse sich etwas salopp formulieren: je linker desto teurer. Die Mitglieder von SP und GP liefern doch massiv höhere Beiträge ab als diejenigen der anderen drei Bundesratsparteien oder der bürgerlichen kleinen Parteien. Am billigsten kommen Mitglieder von CSP und CVP weg. Im bürgerlichen Lager beinahe doppelt so viel bezahlen Mitglieder von EVP, LPS und FDP. Bei der SP und bei der GPS muss allerdings unterschieden werden zwischen Sektionen, die für alle Mitglieder den gleich hohen Beitrag verlangen (rund ein Drittel) und Sektionen, die den Beitrag nach dem Einkommen abstufen (rund zwei Drittel). Betrachtet man beispielsweise nur SP-Sektionen mit gleich hohen Beiträgen, so beläuft sich dieser im Schnitt auf 87 Franken. Bei SP-Sektionen mit einkommensabhängigen Beiträgen beträgt er im Schnitt 165 Franken.

Figur 8.1 Obligatorische und freiwillige Mitgliederbeiträge (in Prozent der Gesamteinnahmen)



Figur 8.2 Durchschnittliche Höhe der Mitgliederbeiträge (in Franken)



9. Normalisierung unkonventioneller Formen der Politikbeteiligung

Bei den kleineren Parteien ist die Bereitschaft der aktiven Mitglieder, sich für die eigene Organisation zu engagieren, generell höher als bei den vier Bundesratsparteien. Die Bereitschaft zu unkonventionellen Aktivitäten ist in den letzten 13 Jahren bei allen Parteien gestiegen.

Während die Bereitschaft der Aktiven, an einer Gemeindeversammlung das Wort zu ergreifen, vor allem etwas über die persönlichen Fähigkeiten und über das Selbstvertrauen der Parteimitglieder aussagt, so ist die Bereitschaft, neue Mitglieder zu rekrutieren, ein Indikator dafür, wie stark sich die Mitglieder für die Organisation selbst engagieren. Flugblätter verteilen, Unterschriften sammeln, an Stand- und Protestaktionen teilnehmen sind demgegenüber mehr oder weniger radikale Formen der politischen Partizipation.

Die SVP hat unter den vier Bundesratsparteien den tiefsten Anteil an Lokalparteien, die angeben, dass mehr als die Hälfte der Parteimitglieder bereit wäre, an der Gemeindeversammlung das Wort zu ergreifen. Deutlich grösser als bei den Bundesratsparteien ist dieser Anteil bei den Liberalen, den Grünen, den Wählervereinigungen und der EDU. Bei der SVP findet sich demgegenüber im Vergleich zu den anderen drei Bundesratsparteien ein grösserer Anteil an Lokalparteien, in denen mindestens die Hälfte der Mitglieder sich bereit erklärt, neue Mitglieder zu rekrutieren. Auch hier ist die entsprechende Motivation bei einem Grossteil der kleineren Parteien noch etwas höher.

Was die anderen Formen der Politikbeteiligung anbelangt, so ergeben sich drei Gruppen von Parteien. Tief ist die Bereitschaft bei den bürgerlichen Parteien FDP, SVP, CVP und der CSP, mittel ist sie bei der SP, EVP und LPS und gross bei den Grünen, der EDU, der LEGA und den Wählervereinigungen.

Betrachtet man diejenigen Lokalparteien, die an beiden Befragungen teilgenommen haben, so zeigt sich bei der Aktivität «das Wort an der Gemeindeversammlung ergreifen», dass sie bei der FDP und der SP etwas stärker zurückgegangen ist als bei der SVP und der CVP, bei denen die Zunahme überwiegt.

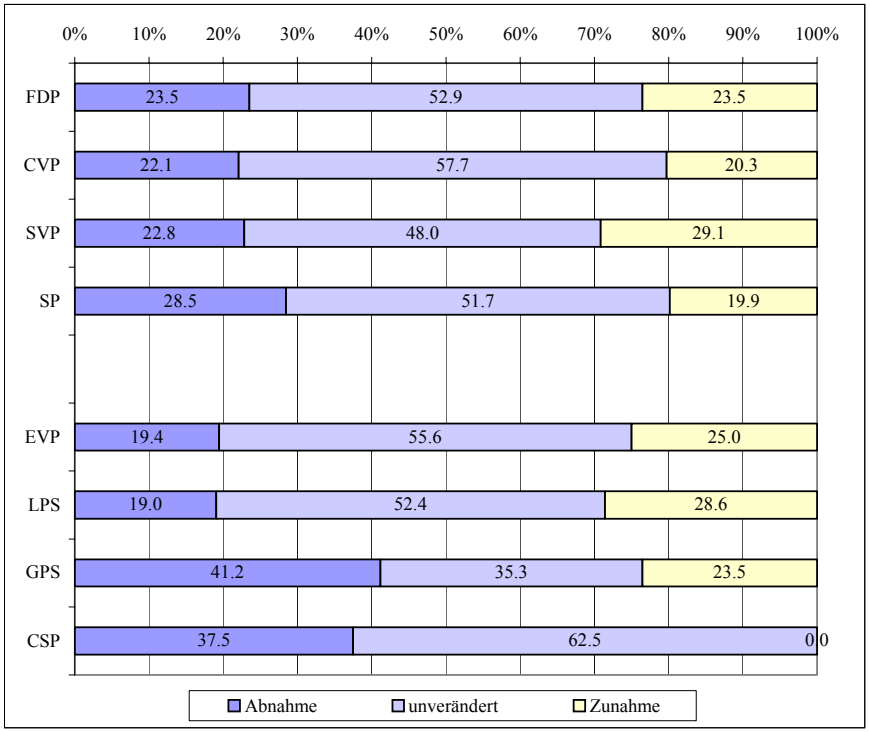
Bei der Mitgliederrekrutierung fällt vor allem die negative Bilanz von SP und Grünen auf. Hier ist der Anteil der Lokalparteien, die eine Abnahme verzeichnen, grösser als der Anteil der Lokalparteien mit einer Zunahme. Bei der SVP ist es gerade umgekehrt und bei der FDP halten sich die beiden Lager in etwa die Waage. Das Unterschriftensammeln für Initiativen und Referenden scheint bei der Mehrheit der Parteien heute weniger populär zu sein. Einzig bei der CVP und den Liberalen überwiegt der Anteil der Lokalsektionen mit einer Zunahme.

Eher zu- als abgenommen hat schliesslich bei allen Parteien der Anteil der Mitglieder, die sich an Protestaktionen beteiligen würden. Vor dem Hintergrund der anderen Ergebnisse ist dies aber wohl eher im Zusammenhang mit einer gewissen Normalisierung unkonventioneller Formen der Politikbeteiligung verbunden und weniger mit einer generell höheren Bereitschaft, sich für die eigene Partei einzusetzen.

Tab. 9.1: Mehr als die Hälfte der aktiven Mitglieder sind grundsätzlich bereit, die Aktivitäten der Lokalpartei zu unterstützen (Anteil Lokalparteien, die dieser Aussage zustimmen)

	FDP	CVP	SVP	SP	GPS	EVP	LPS	CSP	EDU	LEGA	WV	Total
Wort ergreifen an Gemeindeversammlungen	35.6	31.4	29.9	37.2	52.9	32.9	69.1	13.6	47.6	57.9	54.9	37.1
Neue Mitglieder rekrutieren	20.9	17.3	26.1	22.4	34.8	29.1	35.7	4.5	52.6	50.0	42.4	24.6
Flugblätter verteilen	20.0	26.0	30.6	40.7	70.8	46.3	43.9	8.7	68.2	52.6	53.1	33.8
Unterschriften sammeln	22.2	23.9	27.7	39.4	76.1	48.7	49.1	19.0	81.0	61.1	53.8	33.7
An Standaktionen teilnehmen	24.5	20.7	20.6	35.8	71.2	50.6	50.9	9.1	82.6	58.8	46.9	31.1
An Protestaktionen teilnehmen	4.4	6.6	6.0	18.4	54.2	6.3	18.2	0.0	23.8	61.1	27.5	12.6

Figur 9.1: Veränderung der Partizipationsbereitschaft – Mitglieder rekrutieren



Wandel bei denjenigen Lokalparteien, die an beiden Befragungen teilgenommen haben.

10. Kommunale Wahlen geben am meisten zu tun

Auch was das persönliche Engagement anbelangt, gehören kommunale Wahlen zu den wichtigsten Tätigkeitsfeldern der Lokalparteien. Überlokale Anliegen beanspruchen die Zeit der aktiven Mitglieder demgegenüber nur gering.

Konkreter als die im vorhergehenden Kapitel besprochene Bereitschaft, sich an der Politik zu beteiligen, zielt die Frage nach der Beanspruchung der aktiven Mitglieder durch die verschiedenen Tätigkeitsbereiche der Lokalparteien darauf ab, das Engagement der Mitglieder für die Partei und die Bedeutung der einzelnen Tätigkeitsbereiche zu erfassen.

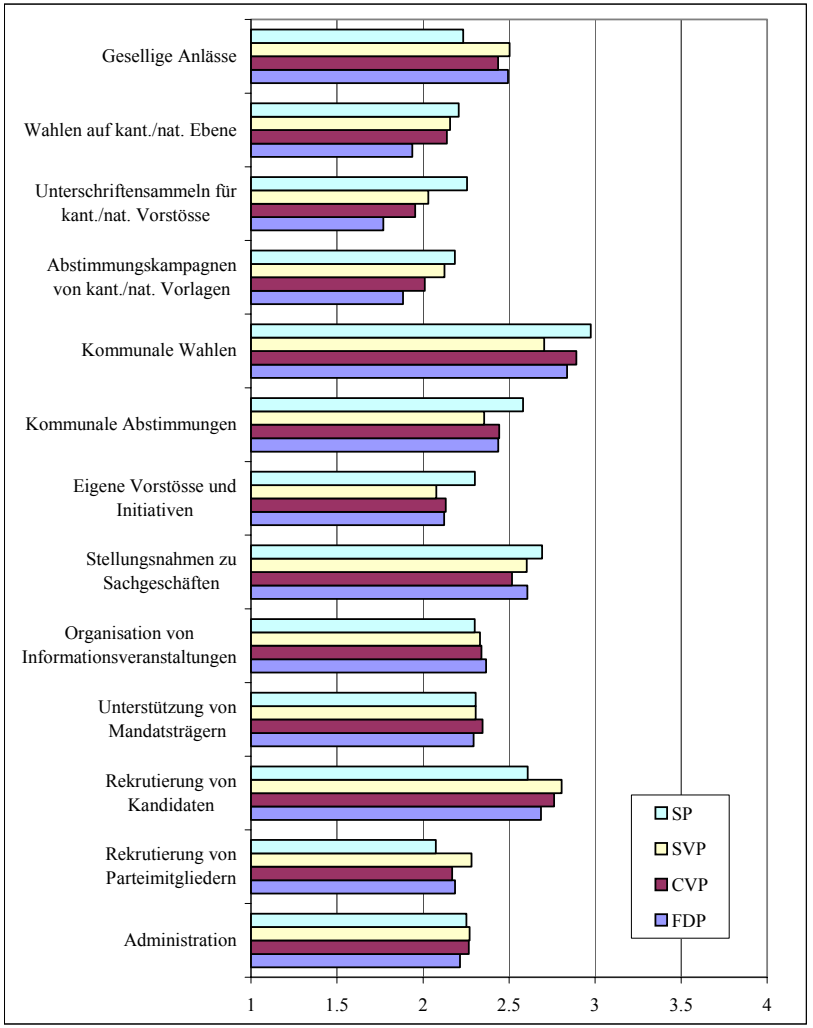
Am stärksten werden die Mitglieder durch die kommunalen Wahlen in Anspruch genommen, gefolgt von der Mitgliederrekrutierung und von Stellungsnahmen zu Sachgeschäften. Auffallend tief ist die Beanspruchung der Mitglieder durch Tätigkeiten, welche die Politik auf höherer politischer Ebene betreffen, nämlich die Unterstützung bei kantonalen und nationalen Wahlen, das Unterschriften sammeln bei Vorstössen auf höherer politischer Ebene und die Mithilfe bei Abstimmungskampagnen.

Zwischen den Parteien sind, zumindest was die Lokalsektionen der vier Bundesratsparteien betrifft, die Unterschiede nicht besonders ausgeprägt. Insgesamt zeigt sich, dass das Engagement der Mitglieder bei der SP etwas höher liegt als bei den anderen Parteien, vor allem wenn es um politische Aktivitäten im engeren Sinne geht. Besonders ausgeprägt ist dies auch bei Aktivitäten, welche die höheren politischen Ebenen betreffen. Bei den Lokalsektionen der SVP zeigt sich ebenfalls eine etwas stärkere Beanspruchung der Mitglieder durch Aktivitäten der übergeordneten Parteiebenen, während sie sich in anderen Bereichen kaum von der FDP und der CVP unterscheidet.

Die Beanspruchung der Mitglieder durch die verschiedenen Parteiaktivitäten hat sich in den letzten 13 Jahren insgesamt kaum verändert. Der These von der zunehmenden Bedeutung der nationalen Politik widerspricht die fehlende Zunahme der Beanspruchung der Mitglieder bei Abstimmungskampagnen für kantonale und nationale Vorlagen. Bei FDP und CVP, wie auch bei EVP, LPS und GPS ist es sogar häufiger zu einer Abnahme der Beanspruchung gekommen als zu einer Zunahme. Bei der SP halten sich die Veränderungen etwa die Waage während einzig bei der SVP und bei der CVP mehr Lokalsektionen angeben, dass die Beanspruchung ihrer aktiven Mitglieder zugenommen hat.

Aber auch bei den kommunalen Wahlen sieht es nicht mehrheitlich nach einer Zunahme der Beanspruchung der Mitglieder aus. Hier halten sich die Veränderungen in etwa die Balance (GPS, CPS) oder die Beanspruchung ist teilweise deutlich zurückgegangen. Einzig beim Rekrutieren neuer Mitglieder hat sich unter den Bundesratsparteien bei der FDP, der CVP und der SVP, nicht aber bei der SP die Beanspruchung etwas erhöht. Bei den Grünen und der CSP ist sie demgegenüber deutlich zurückgegangen.

Figur 10.1: Beanspruchung der Mitglieder durch die verschiedenen Parteiaktivitäten (Bundesratsparteien)



11. Wirtschaftliche und soziale Themen liegen an der Spitze

Alle Lokalparteien engagieren sich stark in den Bereichen «Schule» und «Budget», mithin also bei wirtschaftlichen und sozialen Fragen. Im Vergleich zur Erhebung aus dem Jahr 1990 haben ökologischen Anliegen an Bedeutung verloren.

In der ersten Erhebung aus dem Jahr 1990 gaben über 40 Prozent der Lokalparteien an, dass sie in den Bereichen «Verkehrsplanung/Strassenbau», «Raum- und Ortsplanung» und «Abfall/Kehricht» von sich aus die Initiative ergriffen hatten und aktiv geworden waren. Mindestens nochmals so viele bezeichneten sich in diesen Bereichen zumindest als engagiert. Rund 13 Jahre später sind diese lokalpolitischen Anliegen vom Thema «Schule/Unterricht» und von Fragen aus dem Bereich «Budget/Rechnung/Steuern» von der Spitze verdrängt worden. Deutlich zurückgefallen ist das Thema «Abfall/Kehricht». Insgesamt lässt sich eine leichte Verschiebung der thematischen Orientierung der Lokalparteien feststellen. Wirtschaftliche und soziale Themen haben auf Kosten ökologischer Anliegen an Bedeutung gewonnen. Dabei zeigt sich zudem, dass der Anteil der Lokalparteien, die selbst die Initiative ergreifen (im Gegensatz zum Bekenntnis zu einem gewissen Engagement) eher etwas zurückgegangen ist.

Wie weit finden sich bei den Lokalparteien thematische Präferenzen? Oder sind alle Parteien bei mehr oder weniger denselben Themen in gleichem Masse engagiert? Etwas abstrakter formuliert steckt dahinter die Frage, ob die Parteien bemüht sind, sich ein ihrer ideologischen Präferenz entsprechendes Profil zu geben, oder ob sie sich alle auf dieselben zentralen Themen der Lokalpolitik stürzen. Bei den zentralen Anliegen der Lokalpolitik bestehen keine allzu grossen Unterschiede zwischen den vier im Bundesrat vertretenen Parteien. Dennoch kommt bereits hier das erwartete Profil der verschiedenen Parteien zum Ausdruck. Die FDP ist überdurchschnittlich stark bei Finanzfragen, im Bauwesen und bei der Gemeindeentwicklung engagiert, während die SP stärker im Bereich der Schule, bei Jugendfragen und vor allem bei den sozialen Themen und der Fürsorge aktiv ist. Die SVP zeichnet sich demgegenüber dadurch aus, dass sie bei den sozialen Themen deutlich unterdurchschnittlich engagiert ist. Sie unterscheidet sich von den anderen Parteien zudem klar durch ihr stärkeres Engagement in der Landwirtschaft. Auch bei der CVP zeigt sich ein Thema, in dem sie sich ganz klar von den anderen Parteien abhebt: die Kirche.

Die Grünen gehören nicht zu denjenigen Parteien, die sich in grossem Masse um Finanzfragen kümmern. Ihr Schwergewicht liegt bei den politischen Rechten und bei Energiefragen. Auch bei den anderen Umweltanliegen (Raumplanung, Verkehrspolitik und Abfall/Kehricht) sind sie überdurchschnittlich aktiv, wie auch in Jugendfragen und in der Sozialpolitik. Erstaunliches zeigt sich bei der thematischen Orientierung der EVP. Mit Ausnahme der Kirche ist sie praktisch in allen Themenbereichen unterdurchschnittlich engagiert. Auffallend bei der LPS schliesslich ist, dass sie überdurchschnittlich in kommunalen Reformbereichen (interkommunale Zusammenarbeit und New Public Management) engagiert ist.

Tab. 11.1 Abweichung des Engagements der einzelnen Parteien vom durchschnittlichen Engagement aller Lokalparteien

	Engagement, alle Parteien	FDP	CVP	SVP	SP	GPS	EVP	LPS
Schule/Unterricht	91.6	-0,8	1,0	-3,2	3,6	7,0	0,5	-0,9
Budget/Rechnung/Steuern	89.5	5,2	1,7	2,7	-1,1	-10,9	-11,7	10,5
Raumplanung/Ortsplanung	88.4	3,4	-4,7	-0,2	0,3	10,2	-4,8	9,7
Verkehrspolitik/Strassenbau	87.5	2,2	-3,8	2,2	-0,2	12,5	-6,7	2,9
Baufragen	82.4	6,4	-4,5	5,3	-5,3	7,6	-7,4	11,6
Jugendfragen	81.6	-3,4	2,3	-11,3	7,4	17,0	2,0	-1,6
Zukünftige Entwicklung der Gemeinde	81.4	5,1	0,3	-1,1	-1,4	0,0	-9,2	10,6
Soziales/Fürsorge	79.3	-5,0	1,5	-15,9	13,7	16,1	7,0	-4,8
Sport/Kultur/Erholung	77.7	1,2	0,2	-6,6	3,0	-0,8	-15,7	12,9
Abfall/Kehricht	77.0	-0,4	1,4	1,0	0,0	10,5	-20,0	11,7
Wasserversorgung/Kanalisation	73.0	4,8	3,8	6,3	-7,7	-2,4	-22,3	13,8
Energiefragen	71.5	0,0	-8,2	1,3	2,6	27,1	0,4	5,0
Fragen der Gemeindeorganisation	70.2	3,3	-0,4	4,0	-4,5	-2,1	-13,2	15,2
Gesundheitswesen	69.8	-1,5	1,3	-8,8	7,9	1,8	-2,2	-9,0
Interkommunale Zusammenarbeit	65.0	9,7	5,7	-4,8	-4,5	-12,9	-25,6	29,2
Landwirtschaft	46.2	-4,5	8,6	35,8	-23,3	3,1	-19,4	0,8
Politische Rechte	46.2	-7,6	-6,2	-0,7	7,0	30,6	-3,9	11,8
Reformen im Bereich NPM	44.8	9,6	0,7	-0,3	-11,6	7,4	3,1	31,2
Gemeindefusionen	36.5	6,7	8,1	-3,5	-4,5	-21,8	-18,2	16,4
Kirche	34.2	-8,6	33,6	-3,1	-17,8	-20,8	45,5	-15,0

12. Der Vorstand hat meistens das Sagen

In Bezug auf die innerparteilichen Einflussverhältnisse wird von den meisten Lokalparteien dem Vorstand das grösste Gewicht beigemessen. Das gilt mit wenigen Ausnahmen für alle Parteien.

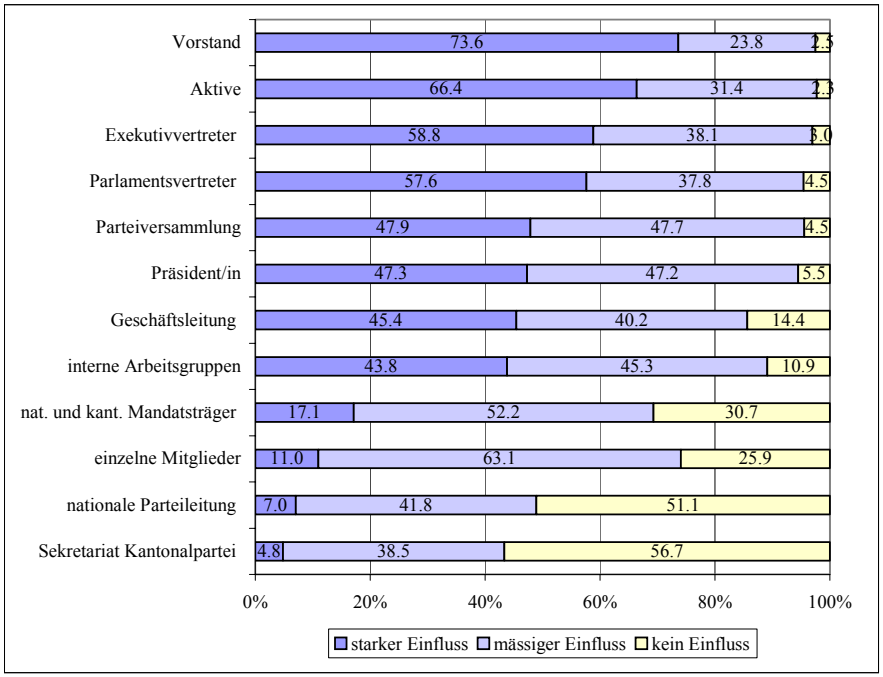
Wer hat das Sagen in der Partei? Etwas verkürzt formuliert lassen sich drei Modelle unterscheiden. Sind es die Parteieliten mit Vorstand und Präsidium, getreu dem Modell der wenig demokratischen Elite- oder Honoratiorenpartei? Ist es die Parteibasis mit den Mitgliedern und allenfalls den Aktiven, wie dies das basisdemokratische Modell der Grünen vorsieht? Oder sind es die Mandatsträger, denen es gelingt, die Partei für ihre Zwecke, insbesondere auch ihre Wiederwahl, einzuspannen? Weiter gilt es zu unterscheiden zwischen Entscheidungen, welche die Haltung der Partei in politischen Fragen betreffen oder den politischen Kurs beeinflussen, und solchen, bei denen es um die Auswahl und Nomination von Kandidierenden geht.

Den grössten Einfluss in einer Lokalpartei hat der Vorstand, und zwar sowohl bei sachpolitischen wie auch bei personalpolitischen Entscheiden. In rund drei Viertel der Lokalparteien wird ihm ein starker Einfluss attestiert. Bei den sachpolitischen Entscheiden liegen hinter dem Vorstand, was ihren Einfluss anbelangt, die Aktiven, die gewählten Vertreter in Exekutive und Parlament und die Parteiversammlung. Erst danach werden der Parteipräsident und die Geschäftsleitung genannt. Bei den personalpolitischen Entscheidungen liegt die Wahlkommission hinter dem Vorstand auf dem zweiten Platz in der Einflusshierarchie. Deutlich zurück liegen die Exekutivvertreter.

Bezüglich der parteiinternen Einflussverhältnisse sind sich die Parteien erstaunlich ähnlich. Zwischen den Bundesratsparteien gibt es in der Einflusshierarchie praktisch keine Unterschiede. Einzig bei der FDP ist der Präsident etwas einflussreicher als bei den anderen drei Parteien. Bei der SVP haben parteiinterne Arbeitsgruppen etwas weniger Einfluss. Auffallend bei den kleineren Parteien wie den Grünen oder der EVP ist, dass die Parlamentsvertreter einen deutlich grösseren Einfluss haben. Bei den Grünen fällt zudem auf, dass die Aktiven deutlich wichtiger sind als die Mitglieder, was darauf hindeutet, dass die Grünen eher eine Bewegungspartei als eine basisdemokratische Bewegung sind.

In den letzten 13 Jahren haben der Vorstand und das Parteipräsidium etwas an Bedeutung gewonnen, während der Einfluss der Parteiversammlung leicht zurückging. Dass es zu einer Bedeutungsverlagerung des Einflusses der Parteiführung gekommen ist, bestätigt auch ein anderes Ergebnis unserer Untersuchung. Etwa ein Viertel der Lokalparteien gibt an, dass in den letzten Jahren die operativen Freiheiten der Parteileitung wichtiger geworden sind, während nur ein Fünftel geltend macht, dass die Mitwirkung der Basis an Bedeutung gewonnen hat. Auffallend ist, dass SVP und SP der Mitwirkung der Basis ein etwas grösseres Gewicht einräumen als FDP und CVP.

Figur 12.1 Einfluss auf die Parteipolitik



Tab. 12.1 Einfluss auf die Parteipolitik, nach Parteien

	FDP	CVP	SVP	SP	EVP	LPS	GPS	WV	EDU	LEGA	CSP	Total
Vorstand	2.7	2.7	2.7	2.7	2.8	2.6	2.7	2.6	3.0	2.4	2.7	2.7
Aktive	2.6	2.6	2.6	2.7	2.7	2.7	2.8	2.7	2.5	2.5	2.6	2.6
Exekutivvertreter	2.6	2.6	2.5	2.6	2.6	2.7	2.5	2.5	2.6	2.5	2.6	2.6
Parlamentsvertreter	2.5	2.5	2.5	2.5	2.7	2.7	2.8	2.5	2.7	2.4	2.7	2.5
Parteiversammlung	2.4	2.4	2.5	2.5	2.3	2.2	2.4	2.5	2.3	2.4	2.6	2.4
Präsident	2.5	2.4	2.4	2.4	2.5	2.5	2.3	2.3	2.6	2.2	2.3	2.4
Interne Arbeitsgruppen	2.3	2.3	2.2	2.3	2.5	2.5	2.4	2.4	2.3	2.6	1.7	2.3
Geschäftsleitung	2.3	2.3	2.4	2.3	2.2	2.5	2.2	2.2	2.3	2.4	2.5	2.3
nat./kant. Mandatsträger	1.8	1.8	1.9	1.9	1.8	1.9	1.8	1.9	1.8	1.6	2.1	1.9
Einzelne Mitglieder	1.7	1.8	1.9	1.9	1.8	1.8	1.9	2.1	1.9	1.4	1.9	1.8
Nationale Parteileitung	1.5	1.5	1.6	1.7	1.6	1.3	1.5	1.3	1.8	2.0	1.4	1.6
Sekretariat Kantonalpartei	1.4	1.4	1.5	1.5	1.5	1.6	1.5	1.4	2.0	1.8	1.4	1.5

1 = kein Einfluss; 3 = starker Einfluss

13. Zunehmende Schwierigkeiten bei der Besetzung von Parteiämtern

Die Rekrutierung von fähigen Leuten für die verschiedenen Parteiämter stellt für die Lokalparteien ein grosses Problem dar. Zudem ist für die Mehrheit der Parteien die Ämterrekrutierung in den letzten Jahren noch schwieriger geworden.

Bereits seit einiger Zeit leiden die Lokalparteien darunter, dass sich zu wenige Personen finden, die sich für die Knochenarbeit in den Parteien zur Verfügung stellen. Beinahe der Hälfte der Ortssektionen bereitet es Schwierigkeiten, ihre Parteiämter zu besetzen. Nur ein kleiner Teil der Parteien bekundet damit keine Mühe.

Bei den grossen Parteien zeigen sich deutliche Unterschiede. Am besten funktioniert die Rekrutierung der Amtsträger in der SVP, nur in einem Drittel der Lokalsektionen bereitet sie Probleme. In den Sektionen der SP und der CVP dagegen ist die Suche nach Funktionären ein äusserst schwieriges Unterfangen.

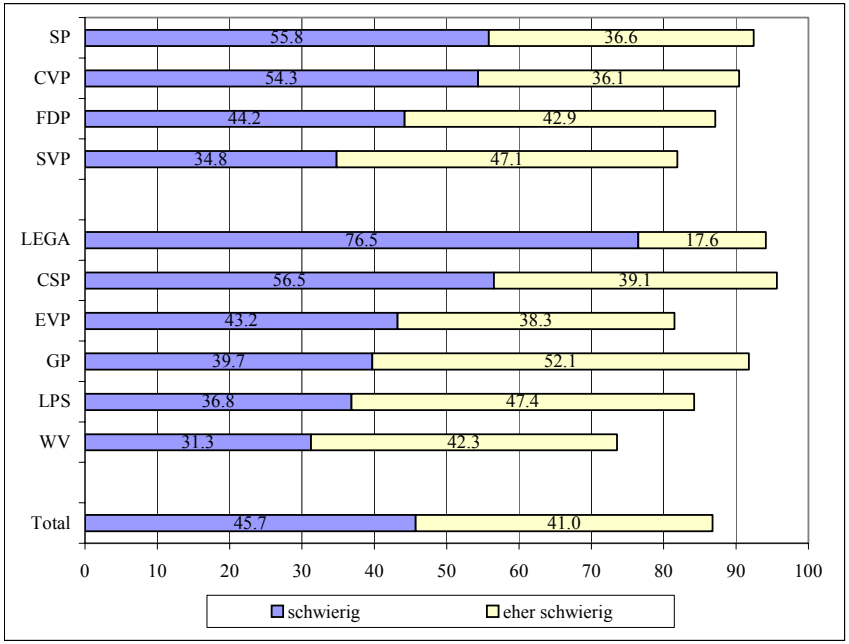
Es besteht ein eindeutiger Zusammenhang zwischen der Grösse einer Gemeinde und den Problemen bei der Ämterbesetzung: Je kleiner eine Gemeinde, desto schwieriger wird die Rekrutierung. Während in Städten mit mehr als 20'000 Einwohnern nur jede dritte Partei Mühe mit geeigneten Kandidaten bekundet, sind es in Kleingemeinden deutlich mehr als die Hälfte, in Kleinstgemeinden mit weniger als 500 Einwohnern sogar fast zwei Drittel der Lokalparteien. Besonders schlecht sieht es in kleinen Gemeinden für die Lokalsektionen von CVP und SP aus. 75 Prozent der CVP- und 70 Prozent der SP-Sektionen in Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern haben grundlegende Probleme bei der Ämterbesetzung.

Geradezu dramatisch ist die Situation für Ortsparteien in kleinen Gemeinden, die sich in der politischen Mitte oder knapp links davon positionieren, und die zusätzlich unter einem Verlust an männlichen aktiven Parteimitgliedern leiden.

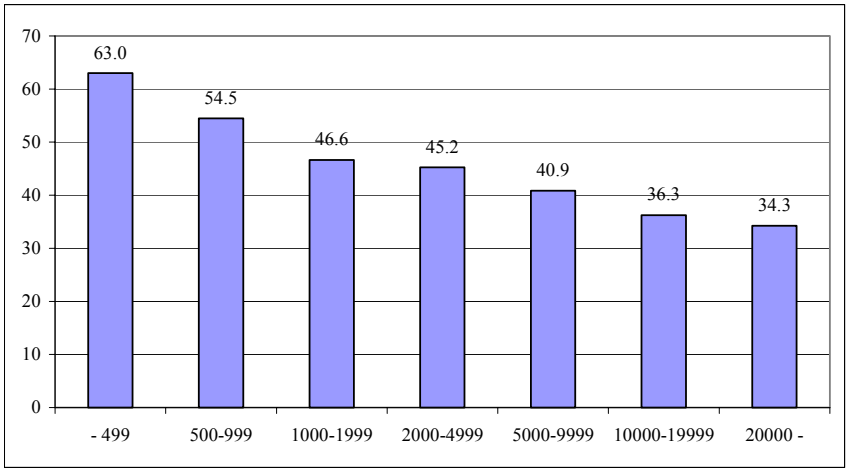
Die Probleme bei der Ämterbesetzung haben in den letzten Jahren drastisch zugenommen. 73.7 Prozent der Parteien tun sich heute schwerer mit der Suche nach Funktionären als noch vor zehn Jahren. Dabei zeigen sich kaum Differenzen zwischen den Bundesratsparteien, den höchsten Anteil an Lokalsektionen, die eine Zunahme der Schwierigkeiten verzeichnen, hat mit 81.7 Prozent die CVP. Noch deutlicher fällt die Problemverschärfung bei der CSP aus, bei ihr blicken 87 Prozent der Lokalsektionen in ein schwarzes Zukunftsloch.

Im Vergleich der Kantone haben neben dem Tessin auch in den kleinen Innerschweizer Kantonen Uri, Nidwalden und Schwyz sowie in den Kantonen Glarus und Jura mindestens die Hälfte der Lokalparteien grosse Schwierigkeiten mit der parteiinternen Ämterbesetzung. Demgegenüber verläuft die Rekrutierung im Kanton Zug und in der Waadt relativ problemlos, ebenso in der Gesamtheit der Ostschweizer Kantone, wo die Rekrutierungsfrage bei weniger als 40 Prozent der Lokalparteien ein Problem darstellt.

Figur 13.1: Anteil Parteien mit Schwierigkeiten bei der Besetzung von Parteiämtern



Figur 13.2: Anteil Parteien mit Schwierigkeiten bei der Besetzung von Parteiämtern: Einfluss der Gemeindegrösse



14. Schwierige Suche nach fähigen Kandidaten für kommunale Wahlen

Die Lokalparteien bekunden immer mehr Mühe, an den kommunalen Exekutivwahlen teilzunehmen. Der Hauptgrund liegt in der mangelnden Verfügbarkeit von geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten.

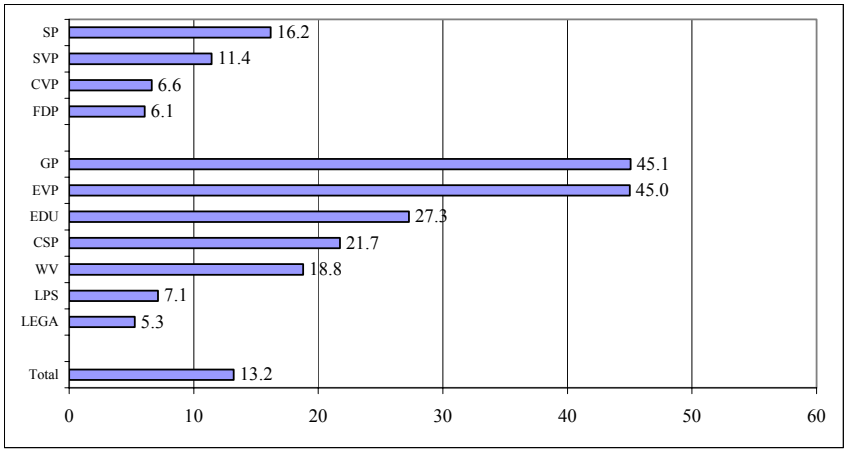
Die Teilnahme an kommunalen Wahlen ist eine der zentralen Aufgaben von Lokalparteien. 85.5 Prozent der Ortssektionen haben denn auch am letzten Wahlgang für die Gemeindeexekutive teilgenommen, bei den Bundesratsparteien waren es sogar 90 Prozent. Allerdings hat die Wahlteilnahme in den letzten Jahren stark nachgelassen. Die Quote der nichtteilnehmenden Parteien hat sich seit 1990 beinahe verdoppelt, nämlich von 9.7 auf 14.5 Prozent. Die Wahlteilnahme der Parteien nimmt mit zunehmender Gemeindegrösse ab. Beteiligen sich in kleinen und mittleren Gemeinden mit weniger als 10'000 Einwohnern 87 Prozent der Lokalparteien an den Exekutivwahlen, sind es in den Städten nur 78 Prozent. Dies ist auf die kleinen Parteien zurückzuführen, für die in den Städten in vielen Fällen mangels Wahlchancen eine Teilnahme nicht prioritär ist.

Die mit Abstand höchste Wahlbeteiligung weisen diejenigen Parteien auf, die sich am stärksten als Regierungspartei verstehen. Es sind dies von den grossen Parteien die FDP und die CVP sowie die in einzelnen Kantonen sehr starken kleinen Parteien LPS und LEGA. Relativ tief ist die Wahlteilnahme bei den Lokalsektionen der SVP. Die tiefste Teilnahme aller Bundesratsparteien registriert die SP, bei der jede sechste Lokalpartei nicht willens oder nicht fähig ist, an den Wahlen anzutreten. Dies hängt damit zusammen, dass die Sozialdemokraten in den bürgerlich geprägten kleinen und mittleren Landgemeinden einen sehr schweren Stand haben. Die mit Abstand höchste Wahlabstinenz weisen die Grünen und die EVP aus. Fast jede zweite ihrer Lokalsektionen hat nicht an den letzten kommunalen Exekutivwahlen teilgenommen.

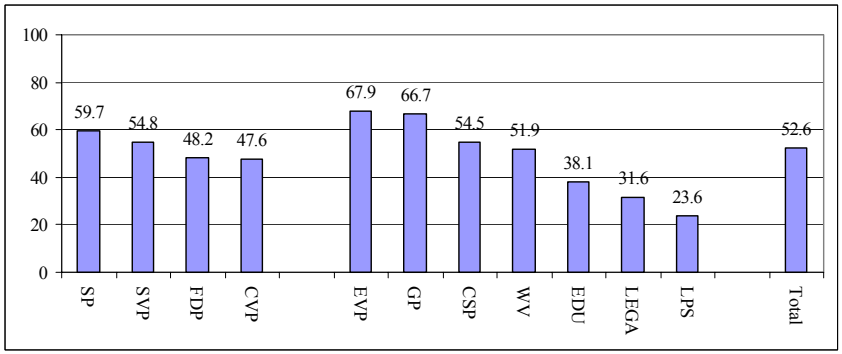
Das grösste Problem ist das Finden von geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten, die bereit sind, sich für ein schwieriges Exekutivamt zu bewerben. Mehr als der Hälfte der Parteien stehen bei Exekutivwahlen zu wenig Kandidaten zur Verfügung. Nicht viel besser sieht es bei den Wahlen in Kommissionen aus: 43.2 Prozent der Parteien sind hier in Kandidatennot. Es erstaunt nicht, dass die Parteien mit einer relativ geringen Wahlteilnahme auch am häufigsten zu wenig Kandidierende haben. Mehr als zwei Drittel der Ortssektionen von EVP und Grünen leiden unter einem Kandidatendefizit. Umgekehrt präsentiert sich die Situation für die kleinen, in spezifischen Regionen besonders etablierten Parteien EDU (Bern) LP (Waadt, Neuenburg, Genf)und LEGA (Tessin) am besten.

Für 70 Prozent der Lokalparteien ist die Kandidatensuche in den letzten 10 Jahren schwieriger geworden. Auffallend ist, dass sich das Kandidatenproblem bei den Bundesratsparteien in den letzten zehn Jahren stärker akzentuiert hat als bei den übrigen Parteien. Am häufigsten betroffen ist die CVP: drei von vier Lokalsektionen geben an, dass die Kandidatensuche schwieriger geworden ist, bei den drei anderen grossen Parteien sieht es aber nicht viel besser aus.

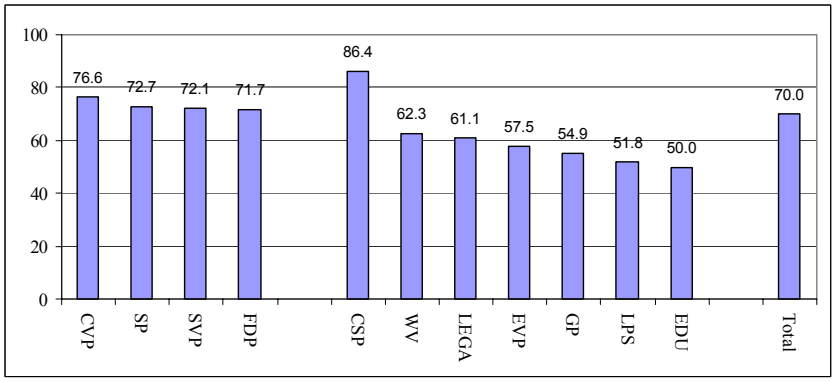
Figur 14.1: Anteil Parteien, die an den letzten Wahlen nicht teilgenommen haben



Figur 14.2: Anteil Parteien mit zu wenig Kandidierenden für Exekutivwahlen



Figur 14.3: Anteil Parteien, bei denen die Suche nach Kandidaten schwieriger wurde



15. Mandatsträger: Männlich, im reifen Alter und gut ausgebildet

Die Mehrheit der Exekutivmitglieder in Schweizer Gemeinden sind Männer zwischen 45 und 60 Jahren und haben einen Mittel- oder Fachschulabschluss. Die grösste Berufsgruppe stellen mit Abstand die leitenden Angestellten.

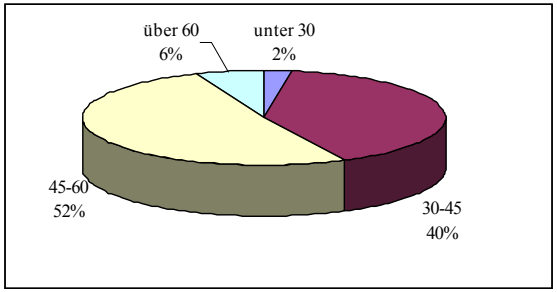
Die überwiegende Mehrheit der Exekutivmitglieder ist zwischen 30 und 60 Jahre alt. Über-60-Jährige sind eher selten und Unter-30-Jährige sind die grosse Ausnahme in den kommunalen Exekutiven. Den Hauptharst stellt mit mehr als 50 Prozent die Altersgruppe der 45- bis 60-Jährigen. Dies gilt für alle Parteien mit Ausnahme der CVP. Deren Exekutivmitglieder sind im Durchschnitt etwas jünger.

Die Exekutivmitglieder verfügen erwartungsgemäss über ein hohes Bildungsniveau. 40 Prozent haben einen Mittel- oder Fachschulabschluss. 23 Prozent der Parteivertreter in den Exekutiven studierten an einer Hochschule. Zwischen den Parteien gibt es zum Teil beträchtliche Unterschiede. Die Grünen sind die Partei der Hochgebildeten. Mehr als 90 Prozent haben zumindest eine Mittel- oder Fachschule besucht, jedes zweite grüne Exekutivmitglied kann ein Hochschuldiplom vorweisen. Sehr hoch ist der Anteil der Hochschulabsolventen mit 37 Prozent bei den Liberalen, während umgekehrt die SVP in diesem Bildungssegment mit 12.7 Prozent eher schwach vertreten ist.

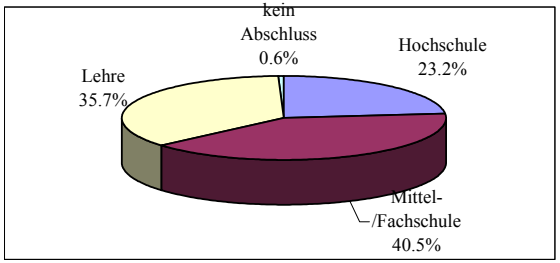
Männer sind in den Gemeindeexekutiven deutlich übervertreten. Nur rund ein Viertel der Exekutivmitglieder sind Frauen. Zwischen den Parteien gibt es auch hier grosse Unterschiede. Frauen in linken Parteien besitzen bessere Chancen, eine politische Karriere zu machen. Allerdings stellen sie auch dort klar eine Minderheit dar. So sind bei den Grünen 39.1 und bei der SP 30.4 Prozent der Exekutivmitglieder Frauen. Den höchsten Frauenanteil weist die EDU auf. Mit 43.8 Prozent sind fast die Hälfte ihrer Exekutivmitglieder weiblich. Einen schweren Stand haben die Frauen bei den bürgerlichen Bundesratsparteien. Die tiefsten Frauenanteile weisen die CVP mit 20.7 und die SVP mit 16.6 Prozent auf.

Die mit Abstand grösste Berufsgruppe in den kommunalen Exekutiven stellen die leitenden Angestellten. Jedes fünfte Exekutivmitglied (19.9%) ist Kaderangehöriger im Angestelltenstatus. Ebenfalls stark vertreten in den Gemeinderäten mit rund 12 Prozent sind Gewerbetreibende und einfache Angestellte. Während die einfachen Angestellten im Vergleich zu ihrer Präsenz bei den aktiven Parteimitgliedern (17.8%) in der Exekutive deutlich unterrepräsentiert sind, so machen die leitenden Angestellten und die Gewerbetreibenden schneller Karriere (Anteil bei den Aktiven: 13.3% resp. 9.4%). Ihr Anteil in der Exekutive hat allerdings deutlich abgenommen: 1990 waren noch 23 Prozent der Exekutivmitglieder leitende Angestellte und 15 Prozent Gewerbetreibende. Ebenfalls schwächer vertreten als 1990 sind heute die Bauern, die Arbeiter, die Beamten und die Industriellen. Leicht zugenommen hat dafür der Anteil der Angestellten, der Freiberuflichen, der Hausfrauen, der Rentner und derjenigen, die ihr Exekutivmandat im Vollamt ausüben. Damit hat eine leichte Verschiebung zu beruflichen Randgruppen stattgefunden. Trotzdem behalten die wirtschaftlich wichtigen Berufsgruppen auch in der Lokalpolitik ihre dominierende Stellung.

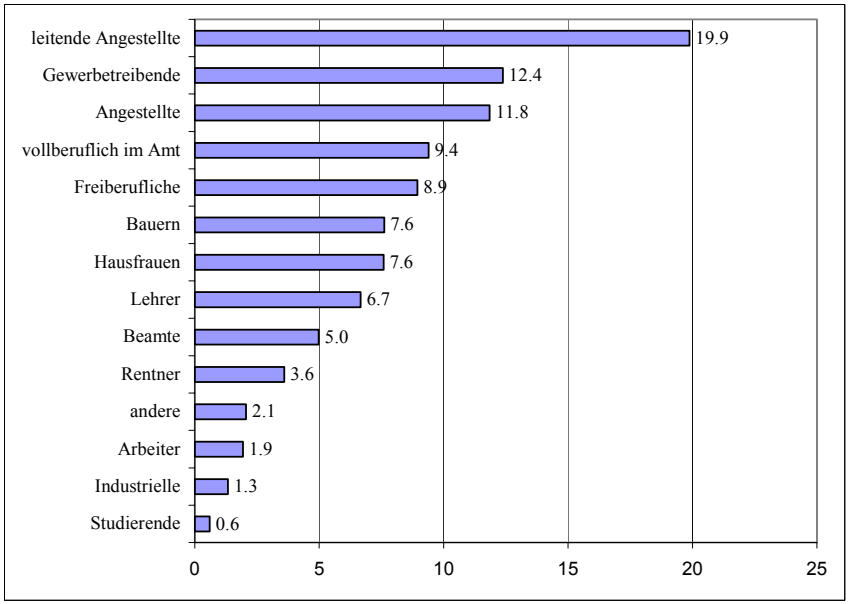
Figur 15.1: Alter der Exekutivmitglieder



Figur 15.2: Bildungsabschlüsse der Exekutivmitglieder



Figur 15.3: Berufsstruktur der Exekutivmitglieder



16. Beteiligung der Lokalparteien an der Befragung 2002, nach Kantonen

	FDP	CVP	SVP	SP	EVP	LPS	GPS	CSP	EDU	LEGA	WV	andere	Total
ZH	81	37	82	65	27	1	20		2		30	19	364
BE	60	6	135	102	29		17		18		46	21	434
LU	44	57	14	14			3	1			6	6	145
UR	2	6	2	2									12
SZ	8	17	4	11								1	41
OW		3		4				4					11
NW		5					1					3	9
GL	6	4	9	6			2	1			2		30
ZG	2	4	4	4							3	3	20
FR	19	4	1	22		1	1	3			7	3	61
SO	45	44		43			4				2	4	142
BS		1		1	2	2	2					1	9
BL	16	14	14	19			2				11	1	77
SH	9	2	17	5	1		1		1		2	2	40
AR	9	1	7	4							11	1	33
AI											3		3
SG	38	39	13	27			3	2			6	5	133
GR	15	15	15	12			1				6	1	65
AG	56	35	60	46	18		3		1		25	4	248
TG	13	18	27	16	5		2				8		89
TI	71	84	2	49			1			19	21	3	250
VD	29	4	7	21		15	2		1		19	5	103
VS	21	36	4	18		1		8			2	2	92
NE	12	1		19		27	2				6	2	69
GE		10	1	7		11	7				3	6	45
JU	13	22		12				4			1	3	55
Total	569	469	418	529	82	58	74	23	23	19	220	96	2580